



Antragsbuch

Zum

43.Landeskongress der JuliA-Sachsen

am

04. & 05.Oktober 2008 in Colditz

Inhaltsverzeichnis:

| Antrag: | Thema: | Antragsteller: | Seite: |
|----------------|--|-------------------------------|---------------|
| SÄ01 | Umbenennung des JuliA Sachsen Landesverbandes in JuLis Sachsen | Julis Chemnitz | 5 |
| 01 | Anerkennung des neuen Kreisverbandes Görlitz | Julis Görlitz | 6 |
| 02 | Kein Kind bleibt zurück! – Neue Wege für eine zukunftsorientierte Bildung | Landesvorstand | 7 |
| 03 | Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung | Julis Chemnitz | 13 |
| 04 | Trennung von Amt und Mandat | Julis Chemnitz | 14 |
| 05 | Landtagswahl 2009 - Zweitstimmenkampagne! | Julis Chemnitz | 15 |
| 06 | Europäisches Bierwerbeverbot verhindern! | Toralf Einsle | 16 |
| 07 | „Sächsisches Nichtraucherchutzgesetz“ abschaffen | JuliA Erzgebirge | 17 |
| 08 | Erbschafts- und Schenkungssteuer abschaffen | JuliA Erzgebirge | 18 |
| 09 | Keynesianistische Irrlehren abschaffen – Staatsverschuldungsverbot ins Grundgesetz | JuliA Erzgebirge | 19 |
| 10 | Wirtschaftsunterricht an sächsischen Gymnasien einführen | JuliA Erzgebirge | 21 |
| 11 | Rauch- und Gasmelder in Wohn- und Gewerbeeinheiten | Sven Herbst | 22 |
| 12 | Verstärkter Einsatz von Sozialfahndern | Sven Herbst | 23 |
| 13 | Überholvorgänge auf Autobahnen | Sven Herbst | 24 |
| 14 | Neue Rahmenbedingungen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) | Landesvorstand | 25 |
| 15 | Flexibilität beim Parken | Julis Leipzig | 26 |
| 16 | Ampeln häufiger abschalten | Julis Leipzig | 27 |
| 17 | Tempolimit erhöhen | Julis Leipzig | 28 |
| 18 | Gegen ein nächtliches Verkaufsverbot von Alkohol an Tankstellen | Julis Leipzig | 29 |
| 19 | Feiern bis Mitternacht | Julis Leipzig | 30 |
| 20 | Fußballverbände in die Pflicht nehmen | Constantin Eckner | 31 |
| 21 | Gleichberechtigung aller Frauen bei künstlicher Befruchtung | Anja Birnbaum & Sandra Biesel | 32 |

| | | | |
|----|---|---|----|
| 22 | Revision des Rechtes auf Kenntnis der Abstammung | Anja Birnbaum & Sandra Biesel | 33 |
| 23 | Grundlagen für die Einrichtung von Babyklappen schaffen | Alexander Hausmann & Marcus Viefeld | 34 |
| 24 | Datenschutz bei den Julis wieder herstellen! | Landesvorstand | 35 |

Löbau, 21. September 2008

Liebe JuliAner (und liebe Julis),

wir blicken spannenden Zeiten entgegen. Nachdem einige von uns bereits 2008 bei den Kreistagswahlen ordentlich Wahlkampf für sich und die FDP gemacht haben, müssen im nächsten Jahre alle ran. Das Superwahljahr 2009 wirft seine Schatten voraus!

Da freut es mich umso mehr, dass dieses Antragsbuch wieder ordentlich gefüllt ist. Ich möchte allen KVs und Einzelantragstellern für ihre geleistete Arbeit danken. Wenn die FDP Sachsen am 31.10 und 01.11.2008 ihr Landtagswahlprogramm beschließt, dann wird hoffentlich auch der Ein oder Andere Antrag aus diesem Antragsbuch darin enthalten sein.

Das die JuliA Sachsen programmatisch erfolgreich sein kann, zeigen die letzten Erfolge bei der FDP Sachsen und auf den Bundeskongressen der Jungen Liberalen. Wir haben uns dabei stets auf ein paar wenige Anträge beschränkt, diese aber dann ordentlich gepusht. So wurden sowohl das Informationsfreiheitsgesetz als auch der Antrag „Auch Kinder haben eine Menschenwürde – gegen eine GG-Erweiterung“ bei der FDP Sachsen und bei den Julis in die Beschlusslage aufgenommen.

Das jetzt beide Themen sich sogar im Landtagswahlprogramm der FDP Sachsen wieder finden und dort auch Positionen der JuliA Sachsen enthalten sind, mit denen wir auf früheren Landesparteitagen gescheitert sind zeigt, dass die Programmatik der JuliA Sachsen ein wichtiges Element für die FDP Sachsen darstellt. In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute Diskussion und viel Spaß beim Landeskongress in Colditz!

Euer Toralf

1 **SÄ-Antrag 01: Umbenennung des JuliA Sachsen Landesverbandes in JuLis Sachsen**

2

3 Antragsteller: Julis Chemnitz

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Der Landesverband JuliA Sachsen wird in JuLis Sachsen umbenannt.

8

9 *Begründung:*

10

11 Der Ausnahmecharakter der JuliA Sachsen im Sinne der Namensgebung ist nicht mehr
12 zeitgemäß. Anstatt sich durch sprachliche Unterschiede zu anderen Landesverbänden abzuheben,
13 sollte dies allein durch konkrete Aktionen und die entsprechende Programmatik betrieben
14 werden. Der Tribut an die Gründerjahre der Jungliberalen in Sachsen behindert heutzutage die
15 Arbeit des Landesverbandes. Der Namensunterschied zwischen JuliA und JuLis führt immer
16 wieder zu Verwirrung und steigert insbesondere bei der Öffentlichkeit, bei Interessenten und
17 Neumitgliedern immer wieder den Erklärungsbedarf. Auch im Sinne einer besseren Außenwirkung
18 ist ein Umstieg auf die „etablierte Marke“ JuLis förderlich.

1 **Antrag 01: Anerkennung des neuen Kreisverbandes Görlitz**

2

3 Antragsteller: Julis Görlitz

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Der am 09.08.2008 in Görlitz neu gegründete Kreisverband „Junge Liberale Görlitz“ wird durch
8 den Landesverband anerkannt. Er ist Rechtsnachfolger der alten Kreisverbände Görlitz und
9 Löbau-Zittau. Sein Gebiet umfasst den gesamten neuen Landkreis Görlitz.

10

11 *Begründung:*

12

13 Auf Grund der Kreisgebietsreform, welche am 01.08.2008 in Kraft trat, wurde eine
14 Zusammenlegung der KVs Görlitz und Löbau-Zittau nötig, um in einem Landkreis nicht 2
15 Kreisverbände zu haben.

16

1 **Antrag 02: Kein Kind bleibt zurück! – Neue Wege für eine zukunftsorientierte**
2 **Bildung.**

3
4 Antragsteller: Landesvorstand
5

6 *Der Landeskongress möge beschließen:*
7

8 **Präambel:**

9 Heranwachsende sehen für sich in Sachsen schon längst keine Perspektiven mehr.
10 Sparmaßnahmen bei Bildung und Forschung und damit jahrelange Einsparungen bei den
11 wichtigsten Bereichen unserer Gesellschaft haben das Iodernde Feuer der Perspektivlosigkeit
12 weiter mit Brennstoff versorgt.

13 Ergebnisse dieser Politik sind unter anderem mangelnde Allgemeinbildung der Jugendlichen,
14 fehlende Freizeitmöglichkeiten, Verdrossenheit und Zuwachs bei extremistischen Organisationen.
15 Sachsen braucht ein effektives, modernes und auf Individualität ausgerichtetes Bildungssystem
16 für Kinder und Jugendliche jeden Alters, ebenso wie eine attraktive Forschungslandschaft. Denn
17 Einschnitte in diesen Bereichen heißt sparen an unser aller Zukunft.

18
19 **1. Gleiche Chancen für jedes Kind**
20 Kinder und Jugendliche dürften nie aufgrund ihrer Herkunft, ihres Elternhauses oder ihrer
21 finanziellen Möglichkeiten von Bildung ausgeschlossen werden. Jeder soll die gleichen
22 Zukunftschancen haben und für sich verwirklichen können. Es ist Aufgabe der Bildung Leistung
23 individuell nach den Fähigkeiten der Schüler zu fordern und zu fördern.

24
25 Daher fordert die JuliA Sachsen:

- 26 a) Autonomie für Schulen und Lehrer! Schulen müssen sich endlich selbst auf ihre vorhandenen
27 Schüler einstellen können. Ämter und Behörden sind von den Realitäten des Schulalltags oft
28 zu weit entfernt um effizient und schnell auf die individuellen Bedürfnisse von Schülern und
29 Lehrkörper reagieren zu können. Die Politik Direktorenposten nahezu ausschließlich an Lehrer
30 zu vergeben, welche nicht von der jeweiligen Schule stammen lehnen wir ab.
- 31 b) Rahmenlehrpläne, die Grundinhalte von Fächern bundesweit regeln, sollen es ermöglichen,
32 dass Leistungstests zwischen den Ländern sinnvoll durchgeführt werden können, Zensuren
33 annähernd vergleichbar sind und ein Schulwechsel zwischen Ländern ohne Zurückstufung bei
34 der Klassenstufe möglich ist.
- 35 c) Die Schule soll keine bloße Unterbringungsstation für Schüler sein! Neben dem regulären
36 Schulunterricht fordern wir an jeder Schule die Einrichtung von Arbeitskreisen,
37 Nachhilfemöglichkeiten und Freizeitmöglichkeiten die auf die Schüler zugeschnitten und dem

1 Bedarf angepasst sind. Kooperationen mit Menschen, Vereinen und Institutionen jenseits des
2 normalen Lehrkörpers sind dabei ausdrücklich erwünscht.

3 4 **2. Zusammenlegung von Klassen**

5 Gerade in ländlichen Regionen wurden Schulen in letzter Zeit immer wieder geschlossen, weil die
6 erforderliche Klassenstärke nicht erreicht werden konnte. Die Geschichte hat uns aber gelehrt,
7 dass es durchaus funktioniert Klassen zusammen zu legen und klassenübergreifenden Unterricht
8 zu gestalten.

9
10 Daher fordert die JuliA Sachsen:

- 11 a) Schulen sollten vor Ort so lange gehalten werden, wie dies nur möglich ist. Eine Schule ist
12 für jeden Ort maßgeblicher Standortfaktor! Dazu muss es auch möglich sein, dass
13 klassenübergreifend unterrichtet wird.
- 14 b) Grundschulen müssen flächendeckend erhalten werden. Wir fordern kurze Wege für kurze
15 Beine. Dörfer und kleine Gemeinden brauchen Grundschulen und Kindergärten. Ländliche
16 Regionen in denen ein Elternteil gezwungen ist zu Hause zu bleiben, bzw. die
17 Kinderbetreuung nur mit extremen Anfahrten ermöglichen, kann sich Sachsen nicht
18 leisten. Kein berufstätiges Elternteil will sein Kind, viele Kilometer entfernt in einer
19 anderen Gemeinde wissen.
- 20 c) Die Ausbildung der Lehrer muss dem klassenübergreifenden Gedanken Rechnung tragen.
21 Es muss dem Schüler die Methodik des Lernens beigebracht werden. Lernpläne und
22 Klassenziele sind so zu gestalten, dass Schüler mit unterschiedlichem Lernfortschritt
23 gemeinsam unterrichtet werden können. Einige freie Träger machen dem Land Sachsen
24 vor, dass eine solche Schulform funktioniert!

25 26 **3. Vorschule**

27 Wir Jungliberalen bekennen uns dazu, dass jeder die Kinderbetreuung so gestalten kann, wie er
28 es für richtig hält. Damit aber Kinder, die zuhause aufgezogen werden und Kinder die in einer
29 Kita betreut werden, zum Grundschulbeginn die gleichen Grundlagen haben, braucht es ein
30 Vorschuljahr.

31
32 Daher fordert die JuliA Sachsen:

- 33 a) Es ist ein kostenloses und für alle verbindliches Vorschuljahr in Sachsen einzuführen.
- 34 b) Lehrinhalte des Vorschuljahres sind vor allem die Herstellung der Feinmotorik, kreatives
35 Arbeiten und spielerisches Lernen.
- 36 c) Mindestens fakultativ ist dabei auch eine Fremdsprache an Vorschulen anzubieten.

4. Grundschulzeiten verlängern

Der länger andauernde Zusammenhalt einer bestehenden Klassen- und Schülerstruktur ist förderlich für einen positiven Lernfortschritt. Ebenso wird die frühzeitige Darbietung von Fremdsprachen gefordert. Insbesondere das Erlernen von Fremdsprachen ist für kleinere Kinder deutlich leichter, als für Jugendliche. Individuelle Förderung der Schüler steht hierbei an erster Stelle. Wenn ein zehnjähriges Kind bereits weiß, dass es Humanmediziner werden will, so soll es ihm auch frühzeitig ermöglicht werden beispielsweise Latein zu belegen. Wir verwehren uns gegen eine Massenabfertigung!

Daher fordert die JuliA Sachsen:

- a) Wir fordern, dass die Grundschule bis einschließlich der sechsten Klassenstufe andauert.
- b) Wenn ein Schüler nach der sechsjährigen Grundschule auf das Gymnasium will, dann muss es einen Notendurchschnitt von mindestens 2,0 vorweisen können. Falls ein Schüler diesen Schnitt nicht erfüllt, so soll er einen Eingangstest absolvieren der fachliche und soziale Kompetenzen überprüfen soll. Bei Nichtbestehen besucht der Schüler die Mittelschule.
- c) Darüber hinaus ist die Durchlässigkeit der Schulformen wieder zu verbessern. Nach jedem Schuljahr bis einschließlich der zehnten Klassenstufe muss ein Schüler die Möglichkeit haben von der Realschule auf das Gymnasium bzw. umgekehrt zu wechseln. Dabei gelten die gleichen Maßstäbe wie nach Klasse 6!
- d) Wir fordern zudem Unterricht in einer Fremdsprache ab der ersten Klasse und Möglichkeiten frühzeitig in Abhängigkeit von Interesse und Befähigung im Rahmen der Grundschule weitere Fremdsprachen zu erlernen.

5. Ganztagsangebote

Eltern müssen arbeiten, um ihren Kindern und sich selbst einen gewissen Grundstock an Einkommen zu bieten und um leben zu können. Abgesehen von der monetären Komponente, stellt für viele die Arbeit einen substantiellen Teil der persönlichen Verwirklichung dar. Die elterliche Fürsorge ausschließlich auf die Quantität der miteinander verbrachten Zeit zu reduzieren greift zu kurz. In der heutigen Lebenswirklichkeit sind nachmittägliche Betreuungsangebote für die Kinder aller Bevölkerungsschichten notwendig. Zudem stellen sie einen harten Standortfaktor dar, der die ostdeutschen Bundesländer oft positiv auszeichnet, dies muss daher für Kinder jeden Alters erhalten und ausgebaut werden.

Daher fordert die JuliA Sachsen:

- a) Wir fordern Ganztagsangebote für Schüler an allen Schulen bis mindestens 19 Uhr.
- b) Nach Ende des regulären Unterrichts sollen Schüler effizient beschäftigt, gefordert aber auch gefördert werden.

- 1 c) Es sollen qualifizierte Fachkräfte die Obhut der Schüler übernehmen und diese betreuen,
2 dies erzwingt jedoch nicht die Betreuung durch Pädagogen.
3 d) Eltern sollen für diese Betreuung finanziell nicht belangt werden!
4

5 **6. Bessere Vernetzung der Schulen im ländlichen Raum**

6 Vor Jahrzehnten konnte man von den uns heute zustehenden Möglichkeiten der Kommunikation
7 nur träumen. Im Zeitalter des Internets ist eine problemlose und sichere Kommunikation aller
8 Beteiligten in einer Art „Schulnetzwerk“ möglich. Der Austausch von Informationen,
9 Erfahrungsberichten und Ideen sollte endlich von allen Schulen als zukunftsweisend angesehen
10 werden.

11
12 Daher fordert die JuliA Sachsen:

- 13 a) Wir fordern die Vernetzung von Schulen im ländlichen Raum. Ein reger Informations- und
14 Kommunikationsaustausch ist für Schüler enorm wichtig.
15 b) Informatik gehört bereits in die Grundschule. Lerncomputer können in angemessener
16 Form bereits ab Klasse 3 oder 4 im Unterricht gute Dienste leisten. Im Zuge des
17 spielerischen Lernens erkunden Kinder bereits die große weite Welt, entwickeln
18 Perspektiven, schärfen ihren Geist und beginnen bereits erste Visionen in sich zu tragen.
19 Im Zeitalter des Internets müssen Kinder bereits spielend mit der Technik umgehen
20 lernen.

21 22 **7. Abschaffung der Hauptschule**

23 Die Hauptschule, als Relikt der 60er Jahre, gehört abgeschafft. Laut IHK wird in Deutschland nur
24 noch in 3,1 % der angebotenen Ausbildungsstellen ein Hauptschulabschluss als
25 Mindestqualifikation gefordert. Selbst ein Mitarbeiter jeder städtischen Abfallentsorgung,
26 Schornsteinfeger, Schneider, Frisöre und viele andere Berufsgruppen müssen heutzutage
27 mindestens über einen Realschulabschluss oder Abitur verfügen. Bildungsprobleme sind für jeden
28 in seiner persönlichen Zukunft ein Leben lang auch Arbeitsplatzprobleme!

29
30 Daher fordert die JuliA Sachsen:

- 31 a) Kein Kind bleibt zurück! Ein qualifizierter Realschulabschluss soll jedem Schüler
32 ermöglicht werden. Dies soll durch eine effizient eingesetzte Förderung und Forderung an
33 jedem einzelnen Schüler vollzogen werden.
34 b) Bei frühzeitigem Erkennen von Defiziten sollte der jeweilige Lehrer sofort das Gespräch
35 mit den Eltern suchen, um Lösungswege aufzuzeigen und umzusetzen. Wichtig ist, das
36 hierbei individualisierbare Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen, welche für das Kind
37 auch bei Desinteresse der Eltern zugänglich sind.

- 1 c) Mit steigendem Alter muss der Wille des Kindes immer mehr in die Entscheidung über
2 dessen Bildungsweg einbezogen werden. Es darf nicht sein, dass Eltern ihre Kinder aus
3 sozialen oder anderen Gründen in ihrer Entwicklung benachteiligen. Ein 14-jähriger kann
4 bereits sehr konkrete Vorstellungen haben, was er später machen will. Weder ein falscher
5 Ehrgeiz der Eltern noch deren fehlendes Vertrauen in die Zukunft des eigenen Kindes,
6 dürfen alleinig darüber entscheiden, was gut für das Kind ist.

8. Spezialschulen

9 Der Fachkräftemangel greift in Deutschland immer weiter um sich. Gleichzeitig werden die
10 Schulen in Sachsen beim Angebot von erweiterten Ausbildungsprofilen im Regen stehen gelassen.
11 Das Gymnasium Löbau hat z.B. seit 13 Monaten keine Antwort auf den Antrag zur Errichtung
12 eines erweiterten mathematischen-naturwissenschaftlichen Profils.

13
14 Daher fordert die JuliA Sachsen:

- 15 a) In allen Bereichen (künstlerisch, sprachlich, naturwissenschaftlich, geistlich und sportlich)
16 sind Spezialschulen mit erweitertem Profil flächendeckend einzurichten und zu fördern.
17 b) Die Finanzierung dieser Schulen dient dem sächsischen Gemeinwohl und kann somit nicht
18 den Kommunen allein überlassen werden. Der Freistatt Sachsen muss dafür ein
19 Fördersystem entwickeln, dass ähnlich der Eliteförderung an Hochschulen funktioniert und
20 es den Kommunen ermöglicht solche Bildungsangebote umzusetzen.
21 c) Dabei muss auch eine Schaffung von Internaten unterstützt werden. Dazu ist ein
22 Stipendien Programm des Freistaates Sachsen für besonders begabte Schüler auf zu
23 legen, damit diese an solchen Internaten auch untergebracht werden können. Das
24 Schüler-BAföG ist so zu reformieren, dass jedem Schüler gleich welcher sozialen Herkunft,
25 der Bildungsweg nicht verbaut wird.

9. Lehrermangel in Sachsen

26
27 Seit kurzer Zeit werden immer mehr Engpässe bei Lehrern in Sachsen erkennbar. Die erstarbte
28 Geburtenrate und die verfehlte Personalpolitik beim Land Sachsen werden in den nächsten Jahren
29 zu einem erheblichen Lehrermangel in Sachsen führen. Dadurch wird der hohe Bildungsstandard
30 in Sachsen bedroht.

31
32
33 Daher fordert die JuliA Sachsen:

- 34 d) Der Freistatt Sachsen muss die Teilzeitregelung bei allen sächsischen Lehrern aufheben
35 und wieder zur Vollzeitbeschäftigung übergehen.
36 e) Lehrern die über das Rentenalter hinaus tätig sein wollen ist die Möglichkeit einzuräumen
37 weiterhin in die Schulausbildung integriert zu bleiben. So wie viele Professoren nach ihrer
38 Emeritation noch 2-3 Jahre in der Lehre mitwirken, so können diese Lehrer einen

- 1 erheblichen Beitrag, z.B. bei der Aufrechterhaltung von AG´s und Ganztagsangeboten
2 leisten.
3 f) Außerdem muss die Lehrerausbildung so reformiert werden, dass jeder sächsischen
4 Lehramtsstudenten mit Antragstellung einen Rechtsanspruch auf eine Stelle als
5 Referendar hat. Die bisherige 3-jährige Wartezeit ist abzuschaffen.

6
7 *Begründung:*

8
9 ggf. mündlich

10
11

1 **Antrag 03: Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung**

2

3 Antragsteller: Julis Chemnitz

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die JuliA Sachsen fordern eine Änderung der sächsischen Gemeindeordnung.

8

9 Die Legislaturperiode der Bürgermeister und Oberbürgermeister ist auf vier Jahre zu begrenzen.

10 Die bisherigen Dezerntenwahlen sind abzuschaffen. Der Bürgermeister/Oberbürgermeister

11 ernennt seine Dezernten selbst, diese werden nicht mehr vom Kommunalparlament gewählt.

12 Die Kommunalwahlen sollen ebenfalls im Vierjahresturnus erfolgen und sind mit den Wahlen zu

13 den Bürgermeistern/Oberbürgermeistern zusammen zu legen.

14

15 *Begründung:*

16

17 ggf. mündlich

1 **Antrag 04: Trennung von Amt und Mandat**

2

3 Antragsteller: Julis Chemnitz

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Julia Sachsen fordern die Trennung von Amt und Mandat in der sächsischen FDP, sofern die
8 FDP Sachsen bei der Landtagswahl 2009 prozentuale Zugewinne erreicht.

9

10 *Begründung:*

11

12 ggf. mündlich

13

1 **Antrag 05: Landtagswahl 2009 - Zweitstimmenkampagne!**

2

3 Antragsteller: Julis Chemnitz

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die FDP Sachsen bei der Landtagswahl 2009 auf, eine
8 Zweitstimmenkampagne zu initiieren. Ziel muss es sein, das Zweitstimmenergebnis der FDP zu
9 verbessern.

10 Auf mögliche bevorzugte Koalitionen darf keine Rücksicht genommen werden. Die Liberalen in
11 Sachsen müssen zunächst ihre eigene Stärke ausbauen. Über mögliche Koalitionen kann erst
12 nach dem Wahlergebnis verhandelt werden.

13

14 *Begründung:*

15

16 Wählerinnen und Wähler wissen kaum um die wichtigen Unterschiede zwischen Erst- und
17 Zweitstimme. Für die FDP ist aber gerade die Zweitstimme entscheidend. Nur so kann im
18 Sächsischen Landtag eine größere Fraktion erreicht werden.

1 **Antrag 06: Europäisches Werbeverbot für Bier verhindern!**

2

3 Antragsteller: Toralf Einsle

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich gegen ein europaweites Werbeverbot von Bier aus.
8 Stattdessen sollten diese Gefahren durch Alkoholmissbrauch stärker kennzeichnen und
9 Suchtprävention unterstützen.

10

11 *Begründung:*

12

13 Bier ist in erster Linie ein Genussmittel und weniger eine harte Droge. Brauereien sind gerade in
14 Deutschland ein entscheidender Partner und Sponsor im Sport. Nicht nur im Profisport, sondern
15 vielmehr noch im Volks- und Breitensport würden viele Gelder verloren gehen, wenn den
16 Brauereien verboten wird weiter zu werben. Die Regulierungswut und Bürokratie in Brüssel muss
17 ein Ende haben!

18

1 **Antrag 07: „Sächsisches Nichtrauchererschutzgesetz“ abschaffen**

2

3 Antragsteller: JuliA Erzgebirge

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert nach den erfolgreichen Entscheidungen des Sächsischen
8 Verfassungsgerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichts, das so genannte „Sächsische
9 Nichtrauchererschutzgesetz“ mit sofortiger Wirkung abzuschaffen.

10

11 *Begründung:*

12

13 erfolgt ggf. mündlich-

14

1 **Antrag 08: Erbschafts- und Schenkungssteuer abschaffen**

2

3 Antragsteller: JuliA Erzgebirge

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die sofortige Abschaffung des Erbschaftssteuer- und
8 Schenkungssteuergesetzes und der auf diesem Gesetz beruhenden
9 Erbschaftssteuerdurchführungsverordnung.

10

11 *Begründung:*

12

13 erfolgt ggf. mündlich-

14

1 **Antrag 09: Keynesianistische Irrlehren abschaffen – Staats-**
2 **verschuldungsverbot ins Grundgesetz**

3
4 Antragsteller: JuliA Erzgebirge
5

6 *Der Landeskongress möge beschließen:*

7
8 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag dazu auf,
9 einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes in den Bundestag einzubringen, der ein
10 Verbot der Staatsverschuldung enthält und daher folgende Änderungen umfasst:

11
12 1. GG Artikel 109 Absatz 4 [Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern], wird ersetzt durch
13 folgende Formulierung:

14
15 *„Weder zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch zur Erfüllung*
16 *sonstiger Zwecke ist es den Gebietskörperschaften und Zweckverbänden erlaubt, Kredite*
17 *aufzunehmen. Konjunkturausgleichsrücklagen von Bund und Ländern bei der Bundesbank finden*
18 *nicht statt.“*

19
20 2. GG Artikel 111 Absatz 2 [Haushaltsvorgriff], wird ersetzt durch folgende Formulierung:

21
22 *„Der Bund ist verpflichtet, die Wirtschaftsführung der gesetzlich bestehenden Einrichtungen und*
23 *Bauten, die Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen, Beschaffungen, sonstiger*
24 *Leistungen sowie die Erfüllung rechtlich begründeter Verpflichtungen durch Mittel aus Steuern,*
25 *Abgaben, sonstigen Quellen und aus der Betriebsmittelrücklage aufrechtzuerhalten. Der Bund*
26 *darf keine Mittel im Wege des Kredits flüssig machen.“*

27
28 3. GG Artikel 115 [Grenzen der Kreditaufnahme], wird gestrichen und ersetzt durch:

29
30 GG Artikel 115 a [Verbot der Kreditaufnahme]

31
32 *„ (1) Die Aufnahme von Krediten durch den Bund sowie die Übernahme von Bürgschaften,*
33 *Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Rechnungsjahren*
34 *führen können, sind verboten. Von diesem Verbot darf weder zur Abwehr einer Störung des*
35 *gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch aufgrund eines Sondervermögens des Bundes*
36 *abgewichen werden.*

37 **(2) Übergangsbestimmungen.**

1 *Ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung über diese Änderung des Grundgesetzes arbeiten die*
2 *Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister der Finanzen darauf hin, die bis jetzt*
3 *angesammelten Schulden und sonstigen Verbindlichkeiten des Bundes, der Gebietskörperschaften*
4 *und der Zweckverbände rasch zu tilgen. Der Bundesminister der Finanzen erstellt dafür einen*
5 *Tilgungsplan. Für die Tilgung der Schulden dürfen keine Mittel im Wege des Kredites flüssig*
6 *gemacht werden."*

7
8 4. Sobald die Schulden der Bundesrepublik Deutschland vollständig getilgt sind, erfolgt in einem
9 weiteren Grundgesetzänderungsgesetz folgende, letzte Änderung:

10
11 GG Artikel 114 Absatz 1 [Rechnungslegung – Rechnungsprüfung], wird ersetzt durch folgende
12 Formulierung:

13
14 *„Der Bundesminister der Finanzen hat dem Bundestage und dem Bundesrate über alle*
15 *Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen im Laufe des nächsten*
16 *Rechnungsjahres zur Entlastung der Bundesregierung Rechnung zu legen."*

17
18 *Begründung:*

19
20 erfolgt ggf. mündlich-

21

1 **Antrag 10: Wirtschaftsunterricht an sächsischen Gymnasien einführen**

2

3 Antragsteller: JuliA Erzgebirge

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich dafür aus, an sächsischen Gymnasien ab Klasse
8 sieben den Wirtschaftsunterricht als eigenständiges Unterrichtsfach einzuführen. Dabei soll sich
9 am Vorbild des Freistaates Bayern orientiert werden. Inhalte des Lehrplanes sollen sein:

10

- 11 - Vorstellung der wichtigsten Wirtschaftssysteme
- 12 - Das Funktionieren eines Marktes
- 13 - Das Funktionsprinzip der Börse als idealer Markt
- 14 - Vorstellung wichtiger Ökonomen und ihrer Ideen (Smith, Marx, etc.)
- 15 - Kritische Auseinandersetzung mit den einzelnen Systemen
- 16 - Keynesianismus, Papiergeld und Staatsverschuldung
- 17 - Das Scheitern des Sozialismus
- 18 - Die österreichische Schule der Nationalökonomie (Hayek, Mises, etc.)
- 19 - Theorie der Umlaufmittel
- 20 - Wirtschaftsinformatik und Business English

21

22 *Begründung:*

23

24 erfolgt ggf. mündlich-

25

1 **Antrag 11: Rauch- und Gasmelder in Wohn- und Gewerbeeinheiten**

2

3 Antragsteller: Sven Herbst

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert eine vorgeschriebene Installationspflicht von Rauch- und
8 Gasmeldern in Wohn- und Gewerbeeinheiten. Zielsetzung soll es sein, dass jedes in Sachsen
9 stehende Gebäude bis zum Jahr 2010 mit diesen „Lebensrettern“ ausgestattet sein soll.

10

11 *Begründung:*

12

13 Die Einführung einer solchen Installationspflicht für Neubauten und die Durchsetzung dieser
14 Vorschrift für Altbauten ist unbedingt in der sächsischen Landesbauordnung einzuführen. Bislang
15 sind diese Vorgaben nur in den Landesbauordnungen von sechs Bundesländern vorgeschrieben.

16

17 Beispiele:

18 In Großbritannien wurde 1992 eine gesetzliche Rauchwarnmelderpflicht eingeführt, die für alle
19 neuen Gebäude mindestens einen Rauchwarnmelder pro Etage fordert. 1987 waren etwa 9%,
20 1998 etwa 75% der britischen Haushalte mit Meldern ausgestattet. Die Zahl der Brandtoten sank
21 seit 1987 um rund 40%.

22

23 In den Vereinigten Staaten von Amerika sind etwa 93% aller Haushalte mit insgesamt etwa 120
24 Mio. Rauchwarnmeldern ausgestattet. Die seit den 1970er Jahren bestehenden Regelungen in
25 zahlreichen Bundesstaaten führten zu einer Reduzierung der Zahl der Brandtoten um ebenfalls
26 rund 40%.

27

28 In Schweden, wo etwa 70% aller Haushalte mit Meldern ausgestattet sind, gelang sogar eine
29 Verringerung der Zahl der Brandopfer um 50%. In Kanada, den Niederlanden und Teilen
30 Australiens besteht ebenfalls eine gesetzliche Rauchwarnmelderpflicht.

31

32 Rauchwarnmelderpflicht in Deutschland / Stand 09/2008:

33

34 Da Baurecht in Deutschland Länderrecht ist (Landesbauordnung), sind die Regelungen
35 uneinheitlich, viele Länder haben keine Pflicht zur Ausstattung (Sachsen gehört dazu) mit
36 Rauchwarnmeldern / Gaswarnmeldern und sehen dies auch in den nächsten Jahren nicht vor.

37

38 *weitere Begründung ggf. mündlich*

39

1 **Antrag 12: Verstärker Einsatz von Sozialfahndern**

2

3 Antragsteller: Sven Herbst

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert einen verstärkten Einsatz von sogenannten
8 Sozialfahndern im Freistaat Sachsen.

9

10 *Begründung:*

11

12 Die meisten Bundesbürger sind überzeugt davon, dass Hartz IV-Auszahlungen häufig auf
13 Grundlage gefälschter Angaben getätigt werden. 63 Prozent der Deutschen glauben, dass die
14 Zahl der Missbräuche bei der staatlichen Hilfe groß sei.

15

16 Der Einsatz von sog. Sozialfahndern soll verstärkt die Richtigkeit der Antragsteller überprüfen,
17 Unregelmäßigkeiten aufdecken und Betrug vorbeugen.

18

19 *weitere Begründung ggf. mündlich*

20

1 **Antrag 13: Überholvorgänge auf Autobahnen**

2

3 Antragsteller: Sven Herbst

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für eine Mindestgeschwindigkeit bei
8 Überholvorgängen auf Autobahnen aus. Ebenso fordert die JuliA Sachsen ein generelles
9 Überholverbot für Lastkraftwagen auf lediglich zweispurig ausgebauten Autobahnen.

10

11 *Begründung:*

12

13 Erfolgt ggf. mündlich

14

1 **Antrag 14: Neue Rahmenbedingungen für den öffentlichen**
2 **Personennahverkehr (ÖPNV)**

3
4 Antragsteller: Landesvorstand
5

6 *Der Landeskongress möge beschließen:*

7
8 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Neugestaltung der Rahmenbedingungen des
9 öffentlichen Personennahverkehrs. Dies bedarf einer gründlichen Neueinschätzung der
10 gesellschaftlichen Bedürfnisse. Neben den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ist
11 zukünftig den neuen Mobilitätsansprüchen der Gesellschaft Rechnung zu tragen.

12
13 Hauptverkehrsverbindungen müssen regelmäßig befahren werden. Ziel muss es sein alle Orte an
14 das öffentliche Verkehrsnetz anzuschließen. Die Verkehrszeiten sind auch im ländlichen Raum bis
15 21 Uhr auszudehnen, für Bedarfsfälle außerhalb der Fahrzeiten müssen Alternativen geschaffen
16 werden.

17
18 Kleinbusse, ein Rufbussystem oder Nachtbusse im Ringsystem sind nur ein paar Möglichkeiten,
19 um die in den letzten Jahren gestrichenen Buslinien wiederzubeleben. Außerdem sollte dem Land
20 Sachsen bei Überlandbusverbindungen ein stärkeres Mitspracherecht eingeräumt werden. Es
21 kann nicht sein, dass die Buslinien an den Kreisgrenzen halt machen.

22
23 *Begründung:*

24
25 Erfolgt ggf. mündlich
26

1 **Antrag 15: Flexibilität beim Parken**

2

3 Antragsteller: Julis Leipzig

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Überprüfung der Ankunftszeit eines Fahrzeugs auf einem Parkplatz durch Ordnungskräfte ist
8 unter Umständen nötig (§13 (1&2) StVO). Eine Festlegung, in welcher Form diese Ankunftszeit
9 dargestellt werden muss, jedoch nicht. Die derzeitigen Regelungen in o.g. Paragraphen sowie in
10 §41 (2) 8. StVO, die selbst das Format der Parkscheibe (Bild 291 der StVO) normieren, müssen
11 dahingehend geändert werden, dass der Fahrzeughalter nur verpflichtet ist, die Ankunftszeit von
12 außen gut erkenn- und lesbar anzugeben.

13

14 *Begründung:*

15

16 Erfolgt ggf. mündlich

17

1 **Antrag 16: Ampeln häufiger abschalten**

2

3 Antragsteller: Julis Leipzig

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungen Liberalen fordern die Überprüfung der Ampelanlagen der Überlandstraßen in Sachsen.
8 Bei zahlreichen Ampelanlagen ist der dauerhafte Betrieb nicht nötig. Für eine Abschaltung
9 außerhalb oder ggf. sogar während des Berufsverkehrs spricht neben finanziellen und
10 ökologischen Gründen vor allem die allgemeine Senkung der Regelungsdichte.

11

12 *Begründung:*

13

14 Erfolgt ggf. mündlich

15

1 **Antrag 17: Tempolimit erhöhen**

2

3 Antragsteller: Julis Leipzig

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungen Liberalen erkennen die Definition von zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf
8 bestimmten Autobahnabschnitten an. Das historisch gewachsene Tempo-130-Limit orientiert sich
9 jedoch an den technischen Möglichkeiten vergangener Zeiten und sollte je nach örtlichen
10 Gegebenheiten erhöht werden können. Die Einführung entsprechender Richtzeichen mit 150 oder
11 160 Stundenkilometern als zulässiger Höchstgeschwindigkeit geht damit einher.

12

13 *Begründung:*

14

15 Erfolgt ggf. mündlich

16

1 **Antrag 18: Gegen ein nächtliches Verkaufsverbot von Alkohol an Tankstellen**

2

3 Antragsteller: Julis Leipzig

4

5 Der Landeskongress möge beschließen:

6

7 Die Jungen Liberalen sprechen sich mit aller Deutlichkeit gegen ein nächtliches Verkaufsverbot
8 von Alkohol an Tankstellen aus.

9

10 *Begründung*

11

12 Weitere Regulationen sind kein sinnvoller Weg um gegen Alkoholmissbrauch zu wirken, vielmehr
13 liegt ein Umsetzungsdefizit der bestehenden gesetzlichen Regelungen wie der Altersgrenzen vor.
14 Zudem bringt diese neuerliche Einschränkung weitere Umsatzeinbußen für die durch die hohen
15 Ölpreise bereits ausreichend belasteten Tankstellen.

16

1 **Antrag 19: Feiern bis Mitternacht**

2

3 Antragsteller: Julis Leipzig

4

5 Der Landeskongress möge beschließen:

6

7 Im Rahmen der um sich greifenden Lärmempfindlichkeit werden immer mehr Veranstaltungen in
8 sächsischen Kommunen beschnitten oder sind nur noch mit Sondergenehmigungen durchführbar.
9 Die Jungen Liberalen sprechen sich ausdrücklich dagegen aus. Einerseits ist für die an den
10 Veranstaltungen teilnehmenden Unternehmen Planungssicherheit unabdingbar, andererseits trägt
11 auch gerade das Nachtleben stark zur Attraktivität der Stadt bei.

12

13 Das in den Wohnlagen der Innenstädte nicht immer absolute Nachtruhe herrscht, liegt in der
14 Natur der Sache. Es ist auch eine Frage der Eigenverantwortung nicht in die Innenstadt zu
15 ziehen, wenn man lärmempfindlich ist. In den meisten Städten und Gemeinden sind auch in
16 Innenstadtnähe reine Wohngebiete vorhanden, welche weniger veranstaltungsbelastet sind. Es ist
17 den Anwohnern der Innenstädte, Gemeindezentren, „Partymeilen“ und gastronomischer
18 Hauptachsen zuzumuten, dass eine Veranstaltung am Wochenende auch mal bis Mitternacht und
19 darüber hinausgeht.

20

21 Die hier stattfindende Regulierung ist populistischer Natur, die Vorzüge des Wohnens in
22 Ballungsgebieten bringen Nachteile mit sich welche man beim Zuzug billigend in Kauf nimmt.
23 Zusammenfassend: If you can't stand the heat, get out of the kitchen.

24

25 *Begründung*

26

27 In letzter Minute Veranstaltungen zu verkürzen ist für die Teilnehmer, insbesondere Gastronomie
28 – welche diese Veranstaltungen (Stadtfeste, Public Viewings von sportlichen Highlights,
29 Konzerte...), großzügig sponsern, mit Umsatzeinbußen verbunden. Perspektivisch wird es
30 dadurch schwieriger die passende Kulisse für Großveranstaltungen zu bieten.

1 **Antrag 20: Fußballverbände in die Pflicht nehmen**

2

3 Antragsteller: Constantin Eckner

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert den Sächsischen Fußballverband und den
8 Nordostdeutschen Fußballverband auf, sich in Zukunft finanziell an Polizeieinsätzen zu beteiligen,
9 welche bei Fußballspielen außerhalb der Spielstätten (z.B. Eskortierung zum Bahnhof) stattfinden.

10

11 *Begründung:*

12

13 Immer wieder finden in den 3., 4., 5. und 6. Fußballligen Spiele mit erhöhtem Gewaltpotential
14 statt, wo sächsische Fußballvereine beteiligt sind.

15

16 Die oft bundesweit bekannt werdenden Gewaltvorfälle schaden dem Ansehen des Freistaates
17 Sachsen und seiner Fußballvereine. Die Vereine können sich nur um die Sicherheit im
18 Stadionbereich vor, während und nach den Spielen kümmern. Außerhalb des Stadions sind die
19 Clubs nicht für die öffentliche Sicherheit verantwortlich. Die Polizeieinsätze werden vom
20 Steuerzahler bezahlt.

21

22 Die Fußballverbände müssen bei dieser Problematik mehr in die Pflicht genommen werden. Das
23 Produkt Fußball bringt den Verbänden jährlich hohe Einnahmen. Aus diesem Grund sollten sich
24 die jeweiligen verantwortlichen Verbände mit größeren Finanzmitteln an den Polizeieinsätzen
25 außerhalb des Stadions beteiligen.

26

27 Der Fußball muss wieder zur Familiensportart werden, wo sich jeder Zuschauer bedenkenlos
28 aufhalten kann.

29

1 **Antrag 21: Gleichberechtigung aller Frauen bei künstlicher Befruchtung**

2

3 Antragsteller: Anja Birnbaum & Sandra Biesel

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die jungen Liberalen fordern einen gleichberechtigten Zugang zu allen Methoden der künstlichen
8 Befruchtung, unabhängig von Familienstand oder sexueller Orientierung.

9

10 *Begründung*

11

12 Laut Richtlinien der Bundesärztekammer, welche Teil der Berufsordnung für Ärzte sind, besteht
13 bei künstlichen Befruchtungen eine Anforderung an den Familienstand, danach haben nur
14 verheiratete oder in festgefügt Partnerschaften lebende Frauen Zugang zu Samenbanken.
15 Standesamtlich verpartnerte Lebensgemeinschaften werden im Familienstand als ledig geführt,
16 damit wird der Zugang zur künstlichen Befruchtung erschwert, wenn nicht sogar verhindert.

17

18 Sowohl in der Vergangenheit, als auch in der heutigen Gesellschaft sind Frauen immer wieder
19 gezwungen Kinder alleine großzuziehen. Ihr Erfolg beweist, dass sie dazu durchaus in Lage sind,
20 sowohl wirtschaftlich als auch physisch und psychisch. Dies dürfen sie jedoch nur erzwungener
21 Maßen, nicht aber freiwillig, denn die Möglichkeiten künstlicher Befruchtung sowie der Zugang zu
22 Samenbanken werden ihnen als Alleinstehenden verwehrt. Somit sind sie oft zu promiskuitiven
23 und ungeschütztem Sexualverkehr gezwungen, was aufgrund sexuell übertragbarer Krankheiten
24 als risikobehaftet zu werten ist. Nicht zu vergessen ist zudem, dass das kindliche Recht auf
25 Abstammung so kaum gewährleistet werden kann. Diese Richtlinien sind Relikte einer überholten
26 Sexualmoral und somit nicht mehr zeitgemäß.

27

28

1 **Antrag 22: Revision des Rechtes auf Kenntnis der Abstammung**

2

3 Antragsteller: Anja Birnbaum & Sandra Biesel

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1989 (BVerfGE 79, 256), wonach ein Kind das
8 Recht auf Wissen über seine Abstammung hat, muss kritisch überprüft und revidiert, bzw. mit
9 Ausnahmeregelungen versehen werden.

10

11 *Begründung*

12

13 In vielen Fällen ist dieses „Recht auf Abstammung“ nicht praktikabel. Einerseits steht es im
14 krassen Gegensatz zur Einrichtung anonymer Babyklappen, andererseits kann an Hand dessen
15 der Samenspender bei heterologer bzw. donogener Insemination zu Unterhaltszahlungen
16 verpflichtet werden, bzw. es können daraus Erbschaftsansprüche entstehen. Es darf keine
17 Situation entstehen, in welcher es zu einem Abwägen des Rechts auf Abstammung gegen das
18 Recht auf Leben eines Kindes kommen kann.

19

1 **Antrag 23: Grundlagen für die Einrichtung von Babyklappen schaffen**

2

3 Antragsteller: Alexander Hausmann, Marcus Viefeld

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen (JuliA) fordert die Sächsische Landesregierung auf, eine
8 gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von sogenannten Babyklappen zu schaffen und auch für
9 die Einrichtung in allen größeren Städten in Sachsen zu sorgen.

10

11 *Begründung:*

12

13 Bisher gibt es in Sachsen gerade einmal vier (!) Babyklappen, je eine in Dresden, Leipzig,
14 Chemnitz und seit wenigen Wochen auch in Plauen. Das liegt unter anderem an der unklaren
15 Gesetzeslage. Das Grundrecht auf Kenntnis der eigenen Herkunft steht der Aufgabe des Staates
16 gegenüber, das Leben seiner Staatsbürger zu schützen – nach wie vor eine rechtliche Grauzone.

17 Aus welchen sozialen oder gesellschaftlichen Gründen auch immer eine junge Frau ihr Kind
18 abgeben möchte – mit der Legitimation und flächendeckenden Einführung von Babyklappen kann
19 das Schlimmste verhindert werden. Es muss eine legale Möglichkeit geben, das Neugeborene
20 unproblematisch und anonym in fürsorgliche Hände abzugeben. Der Schutz des Lebens muss hier
21 an erster Stelle stehen.

1 **Antrag 24: Datenschutz bei den Julis wieder herstellen!**

2

3 Antragsteller: Landesvorstand

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich gegen den derzeitigen Umgang mit Daten im
8 Mitgliederverwaltungssystem ZAM aus. Der Bundesverband der Jungen Liberalen hat unverzüglich
9 den Anforderungen des Datenschutzes Rechnung zu tragen.

10

11 Die Abwicklung der E-Mail-Konten über Google-Mail ist zu beenden. Besucher-IPs der Julis-
12 Internetseite sollen nicht gespeichert oder zumindest zeitnah gelöscht werden. Des Weiteren
13 fordern wir den Bundesverband der Jungen Liberalen auf sämtliche Aktivitäten auf ihre
14 datenschutzrechtliche Korrektheit zu überprüfen und entsprechend gegen zusteuern.

15

16 *Begründung:*

17

18 Erfolgt mündlich